

Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

am Donnerstag, 19. März 2015, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

2. April 2015

1 von 11

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD (bis 18:00 Uhr)

Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (ab 18:00 Uhr für Dr. M. Eichler)

Doğan Aydın, Mitglied, SPD

Gabriele Jakat, Mitglied, SPD

Enrico Schäfer, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU

Birgit Trinczek, Mitglied, CDU

Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke (TOP 2, 17:04 Uhr)

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern (TOP 2, 17:15 Uhr)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Christof Nolda, Stadtbaurat

Kathy Käferstein, Ordnungsamt

Lothar Pflüger, Ordnungsamt

Ferdinand Peter, Rechtsamt

Johannes Kuntze, Rechtsamt
 Jennifer Kellotat, Rechtsamt
 Uwe Bischoff, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
 Peter Schaumburg, Kämmerei und Steuern
 Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt
 Wolfram Schäfer, Revisionsamt

Tagesordnung:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel | 101.17.1603 |
| 2. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung) | 101.17.1614 |
| 3. Alkoholverbot in der Samuel-Beckett-Anlage | 101.17.1563 |
| 4. Video-Kameras an Schulen | 101.17.1559 |
| 5. Plakatierung im Stadtgebiet | 101.17.1608 |
| 6. Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Vorständen und Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung | 101.17.1618 |
| 7. Prüfung weiterer Alkoholverbote | 101.17.1619 |
| 8. Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Scharlatanerie angesichts des "Spirit of Health"-Kongresses in der Kasseler Stadthalle | 101.17.1620 |
| 9. Konsequenzen aus dem Blitzerskandal | 101.17.1621 |
| 10. Gesundheitskarte für Flüchtlinge | 101.17.1624 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 12. März 2015 ordnungsgemäß einberufene 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag des Magistrats wird Tagesordnungspunkt 2 betr. Parkgebührenordnung vor Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung aufgerufen, weil Stadtbaurat Nolda zur Beantwortung anwesend ist und noch einen Anschlusstermin hat.

Auf Antrag von Stadtverordneter Jakat, SPD-Fraktion, werden die Tagesordnungspunkte 3 und 7 betr. Alkoholverbote gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Auf Antrag von Stadtverordnetem Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, wird Tagesordnungspunkt 10 betr. Gesundheitskarte für Flüchtlinge wegen Beratungsbedarfs seiner Fraktion abgesetzt.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

**2. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014
(Erste Änderung)**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1614 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung) in der aus Anlage 1 zur dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister, die zur Durchführung der Parkgebührenordnung erforderlichen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen zu treffen.“

Stadtbaurat Nolda erläutert die Änderung der Parkgebührenordnung. Er sagt die schriftliche Stellungnahme zur Frage der Bezeichnung der Fahrzeuge als Anlage zur Niederschrift zu.

Im Anschluss beantwortet er gemeinsam mit Bürgermeister Kaiser die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung), 101.17.1614, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

1. **Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel**

4 von 11

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1603 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, den mit der Städtischen Werke Netz+Service GmbH (NSG) als bisherigen Konzessionär verhandelten Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs mit der NSG abzuschließen.
2. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel, 101.17.1603, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext für die Vorlage 101.17.1603 wird wie folgt ergänzt:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, den mit der Städtischen Werke Netz+Service GmbH (NSG) als bisherigen Konzessionär verhandelten Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs mit der NSG abzuschließen. **Der Magistrat stellt sicher, dass in den Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung Vereinbarungen für die Höhe von Mindestinvestitionen für die Bereitstellung von Trinkwasserleitungen analog zu den Regelungen bei der Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages für Strom und Gas festgelegt werden.**

2. ...

5 von 11

3. Der Magistrat berichtet jährlich gegenüber der Stadtverordnetenversammlung über die Höhe der geplanten und tatsächlich erfolgten Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel, 101.17.1603, wird **abgelehnt**.

Berichterstatte/-in: Stadtverordneter Mijatovic

Vorsitzender Kortmann ruft nun die Tagesordnungspunkte 3 und 7 zur gemeinsamen Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

3. Alkoholverbot in der Samuel-Beckett-Anlage

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1563 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit dem zuständigen Ortsbeirat Vorderer Westen für die Samuel-Beckett-Anlage unverzüglich – noch vor Beginn der warmen Jahreszeit – ein Alkoholverbot für die Zeit von 22:00 bis 8:00 Uhr täglich zu erlassen und dessen Einhaltung durch entsprechende Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sicherzustellen, damit endlich die inzwischen unhaltbaren Zustände dort verbessert werden.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Im Rahmen der Diskussion nimmt Bürgermeister Kaiser Stellung zu dem Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Alkoholverbot in der Samuel-Beckett-Anlage, 101.17.1563, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

7. Prüfung weiterer Alkoholverbote

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.1619 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, auf welchen weiteren Plätzen/Bereichen im Stadtgebiet die Verhängung eines Alkoholverbotes sinnvoll ist.

Stadtverordneter Dr. Eichler, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag. Im Rahmen der Diskussion nimmt Bürgermeister Kaiser Stellung zu diesem Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --
den

Beschluss

7 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Prüfung weiterer Alkoholverbote, 101.17.1619, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

4. Video-Kameras an Schulen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1559 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie die bisherigen positiven Erfahrungen der Video-Überwachung an 4 Kasseler Schulen in den letzten 3 Jahren auch auf andere Schulen und öffentliche Einrichtungen ausgeweitet werden können. Über das Ergebnis der Prüfung ist im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten.

Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordneter Dr. Eichler, SPD-Fraktion, einen Änderungsvorschlag, der von Stadtverordnetem Kieselbach, CDU-Fraktion übernommen wird.

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert **über die Erfahrungen** der Video-Überwachung an 4 Kasseler Schulen im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung **zeitnah** zu berichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Nichtteilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

8 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Video-Kameras an Schulen, 101.17.1559, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

Während der Behandlung von Tagesordnungspunkt 5 übernimmt
1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Sitzungsleitung.

5. Plakatierung im Stadtgebiet

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1608 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Warum und auf Grund welcher Rechtsgrundlage wurde von der SPD im Stadtgebiet der Stadt Kassel im vergangenen Landratswahlkampf der Kandidat der SPD plakatiert, obwohl in der Stadt Kassel keinerlei Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden war?

Vorsitzender Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion, die im Anschluss von Bürgermeister Kaiser beantwortet wird.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

6. Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Vorständen und Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.1618 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat in einer der nächsten Sitzungen des Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten

- wie hoch in Kassel der Frauenanteil in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften ist.
- wie sich dieser Anteil in den letzten fünf Jahren verändert hat.
- ob es besonders positive Beispiele mit hohem Frauenanteil bzw. ausgewogenem Geschlechterverhältnis gibt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Vorständen und Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung, 101.17.1618, wird **zugestimmt**.

Berichterstatte/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

8. Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Scharlatanerie angesichts des "Spirit of Health"-Kongresses in der Kasseler Stadthalle

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1620 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat beauftragt "alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, um die Durchführung einer Veranstaltung in der Kasseler Stadthalle mit dem Ziel des Vertriebs des „Wundermittels“ MMS zu verhindern." Was hat der Magistrat bisher unternommen?

2. Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrem Antrag weiterhin den Magistrat aufgefordert, dass "sollte dies" (ein Verhindern des Kongresses) "nicht möglich sein", "alle vor dieser Veranstaltung zu warnen und ihre Durchführung strengstens zu überprüfen". Wie wird der Magistrat diese Warnung durchführen und wie werden die Kontrollen durchgeführt werden?
3. Wie sähe das Procedere bei einer Kündigung des Mietvertrages des Veranstalters und der Kassel Marketing GmbH aus?
4. Wäre eine solche Kündigung möglich und welche finanziellen Folgen hätte das für die Stadt?
5. Wurde eine solche Vertragskündigung geprüft und wie bewertet der Magistrat einen solchen Schritt?
6. Gab es nach Abschluss des Mietvertrages weitere Terminanfragen für diesen Termin in der Stadthalle Kassel, bzw. könnte man die Räume bei einer Absage anderweitig vermieten?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

9. Konsequenzen aus dem Blitzerskandal

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1621 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus der Verurteilung eines städtischen Beamten und des Geschäftsführers der Firma Safety-First betr. die Aufstellung und den Betrieb von stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen?
2. Wie ist der Stand der Rechtsstreitigkeiten zwischen der Stadt Kassel und der Firma Safety-First?
3. Gibt es aktuell noch eine irgendwie geartete oder sonstige Geschäftsbeziehung mit dieser Firma?

4. Wie wird der Magistrat bei möglichen Ansprüchen geschädigter Bürger gegen Betroffene diese unterstützen?
5. Trifft es zu, dass der Vertrag zwischen dieser Firma und der Stadt Kassel lediglich 4 Paragraphen umfasst?
6. Welche Vereinbarungen und Regelungen wurden hier konkret getroffen?
7. Trifft es zu, dass der Vertragsentwurf am 17.01.2012 durch den Leiter des Rechtsamtes geprüft wurde?
8. Wie lautet das Ergebnis dieser Prüfung?
9. Von wem wurde der Vertrag für die Stadt Kassel unterzeichnet?
10. Welche organisatorischen Konsequenzen zieht der Magistrat, um künftig weitere Vorkommnisse dieser Art auszuschließen?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

10. Gesundheitskarte für Flüchtlinge
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1624 -

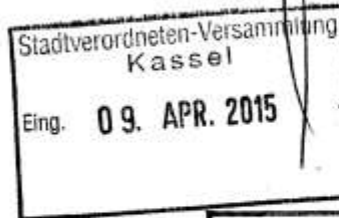
Abgesetzt

Ende der Sitzung: 18:28 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

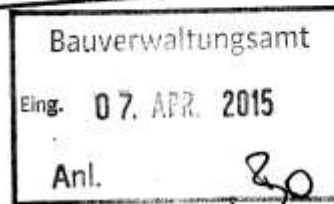
Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
- 66 -



Kassel, 19. März 2015
Björn Meise
Tel.: 6610

- 60 K - über - 66 -



Differenzierung zwischen PKW und Kleinbussen in der Parkgebührenordnung

Vermerk

-60 K-

Die Differenzierung zwischen PKW und Kleinbussen in der Parkgebührenordnung stellt vornehmlich auf den größeren Flächenbedarf dieser Fahrzeuge ab.


Eine Legaldefinition für Kleinbusse in den nationalen oder internationalen Fahrzeugklassen gibt es nicht. Sie gelten im Sinne der Fahrzeugklassifizierung auch als Personenkraftwagen (Kraftfahrzeuge für Personenbeförderung auf mindestens vier Reifen“).

Kleinbusse sind im Regelfall allerdings für die Beförderung von bis zu neun Personen ausgelegt. Beispielsweise sind hier Fahrzeuge wie Mercedes Sprinter, Ford Transit, VW T5 oder Fiat Ducato zu nennen.

Da diese Fahrzeuge einen höheren Platzbedarf - ähnlich wie Wohnmobile, die oftmals auf der Basis solcher Kleinbusse gebaut werden - haben, ist eine Differenzierung in der Höhe der Parkgebühren nach § 9 Parkgebührenordnung angemessen.

Gebührenrechtlich fallen dagegen sogenannte Mini- und Kompakt-Vans (in der Regel 7-Sitzer) unter den Gebührentatbestand PKW, da die Abmessungen dieser Fahrzeuge nicht über den „üblichen“ Stellplatzbedarf hinausgehen.

Die parkraumbewirtschaftende Firma wird vom Straßenverkehrs- und Tiefbauamt hier entsprechend „eingewiesen“.


Björn Meise